



«Menschenrechte haben keine Priorität»

Eloyda Mejía ist Umweltschützerin aus Guatemala. Sie kämpft seit Jahren gegen das Projekt «Fénix» zum Nickelabbau am Izabalsee. Stefan Berger hat mit ihr über ihre Arbeit und ihren Einsatz gesprochen.

VON STEFAN BERGER (TEXT) UND ANNETTE BOUTELLIER (BILD)

Frau Mejía, die Gegend des Izabalsees wird vorwiegend von den Maya bewohnt, der guatemaltekischen Urbevölkerung. Gehören Sie auch zu den Maya?

Nein, ich bin Mestizin. Meine Vorfahren sind keine Indigenen. Ursprünglich komme ich aus Santa Cruz im Westen Guatemalas. Vor ungefähr neun Jahren, als der Bürgerkrieg gerade zu Ende ging, bin ich ins Städtchen El Estor am Izabalsee gezogen.

Hat sich die Situation seit dem Ende des Bürgerkrieges 1996 normalisiert?

Seit dem Abschluss der Friedensverträge dürfen wir uns offiziell organisieren und versammeln. Wir haben nun auch das Recht, die Regierung öffentlich zu kritisieren. Was die Sicherheit anbelangt, hat sich die Lage allerdings nicht gross verändert.

Vor allem jugendliche Gangs und die Drogenmafia stellen ein zunehmendes Problem dar.

Wovon lebt die Bevölkerung in Izabal?

Wir haben viele natürliche Ressourcen und können diese vielfältig nutzen. Sowohl in ländlichen als auch in eher städtisch geprägten Gebieten gibt es zahlreiche Kleinunternehmen. Die Leute betreiben zumeist Fischfang und Maisanbau, hauptsächlich zur Selbstversorgung, und um sich ein kleines Zusatzeinkommen zu sichern. Ein Teil der Bauern hat angefangen, Kaffee und Kardamom für den Markt anzupflanzen. Zudem entwickelt sich der Tourismus langsam.

Zahlt sich der Tourismus aus?

Ja, es gibt eben auch gewinnorientierten Tourismus. Einige Leute machen damit relativ gute Geschäfte. Was fehlt, ist eine entwickelte Infrastruktur. Vor allem auf dem Land leben die Menschen sehr bescheiden.

Ihre Behausungen sind spärlich, vieles hängt vom tropischen Klima ab, aber sie brauchen nicht viel, um glücklich zu sein. So lange sie sich von dem ernähren können, was sie anpflanzen, geht es. Ohne diese Möglichkeit wird es für sie jedoch kritisch.

Weshalb wehren Sie sich gegen das Projekt «Fénix»?

Bereits heute gibt es ernsthafte Störungen des ökologischen Gleichgewichtes in Form von Monokulturen. Nun hat die Compañía Guatemalteca de Niquel (CGN) Konzessionen erhalten, um in unserer Gegend nach Nickel zu schürfen. Das wird schwerwiegende Konsequenzen haben.

Welche?

Um zu den Nickel tragenden Schichten vorzustossen, muss 25 bis 40 Meter dickes Erdreich entfernt werden. Dafür sollen der ganze subtropische Wald des Izabal-Gebietes gefällt sowie Landwirtschaftsflächen zerstört werden. Für die Trennung des Nickels aus dem Muttergestein muss es stark erhitzt werden. Dazu braucht es fossile Brennstoffe, die entweder direkt ins Abwasser oder mittels Hochöfen in die Atmosphäre gelangen. Dies führt zu einer Verschmutzung von Seen und Böden in Form von saurem Regen. Bei diesem Verfahren fallen zudem riesige Mengen von gefährlichen Schlacken an. Früher hat man diese Schlacken einfach am Seeufer entsorgt, dadurch wurde der natürliche Wasserfilter des Sees verseucht.

Wurde die Lizenz für den Nickelabbau schon erteilt?

Diverse Bergbauaktivitäten sind bereits im Gang. An sehr vielen Orten wurden Probebohrungen gemacht. Doch kurz vor der Erteilung der Abbaulizenz kam man zum Schluss, dass die alten Nickelminen wegen technischer Mängel nicht betriebsfähig sind. Somit konnte ein Aufschub bewirkt werden.

Wer ist für die Vergabe der Lizenzen zuständig?

Das Umweltministerium hätte den Auftrag, die Analysen zu prüfen und dem Ministerium für Energie und Bergbau vorzulegen, da dieses die Lizenzen aufgrund von Umweltverträglichkeitsanalysen vergibt.

Ist dies geschehen?

Sehen Sie, eine einzige Firma erstellt die Umweltverträglichkeitsstudien für sämtliche Bergbauprojekte in Guatemala. Das sind 365 hängige Lizenzen. Die Firma handelt im Namen und auf Rechnung der Bergbaugesellschaften. Schlussendlich entscheiden die Behörden, ob ein Projekt genehmigt wird oder nicht. Für eine effektive Nachprüfung der Analyseergebnisse fehlt es ihnen jedoch an Ressourcen und auch an fachkundigem Personal. Wenn man dann noch weiss, wer in der verantwortlichen Firma sitzt, stösst man auf die Namen von Personen, die auch im Umweltministerium arbeiten. Eine ganz klare Verbandelung von Interessen!

Welches sind die sozialen Auswirkungen des Projektes Fénix?

Die indigenen Familien haben für das Land, das sie bebauen, keinerlei Rechte. Die Chance, dass sie es aufgeben müsse ist daher gross. Ferner muss die Bevölkerung mit gravierenden gesundheitlichen Schäden rechnen. Es gab schon Fälle von Hautkrankheiten, und man hat Blei im Blut der Kinder sowie ein beträchtliches Ansteigen der Fehlgeburten nachweisen können. Beispiele aus Peru und Honduras zeigen überdies: wenn irgendwo begehrtes Metall gefunden wird, gräbt man ruchlos weiter. Mancherorts sind ganze Dorfkern verschwunden, selbst Kirchen und Schulen. Die Leute müssen dann selber schauen, wo sie hingehen. Und wer zurückbleibt, leidet unter Armut, Krankheit und der Unmöglichkeit hier wieder eine Lebensgrundlage zu finden.

Die Befürworter behaupten, dank dem Bergbau finden Investitionen statt und neue Arbeitsplätze würden entstehen. Was halten Sie von diesen Argumenten?

Anders als in Peru haben wir in Guatemala keine Bergbautradition. Unsere Haupteinnahmequellen sind erstens diejenigen Beträge, die von Ausland-Guatemalteken heimgeschickt werden, zweitens Tourismus und drittens Landwirtschaft. Nun sollen also zwei der drei Haupteinnahmequellen zu Gunsten des Bergbaus aufs Spiel gesetzt werden. Für wessen Nutzen? Für die ausländischen Firmen, die ihre Gewinne aus dem Bergbau abziehen. Gerade mal ein Prozent des Gewinns bleibt in Form von Lizenzgebühren im Land. Die Bergbaufirmen sind von Steuern befreit, und auch ihren Wasserverbrauch erhalten sie kostenlos. Der wirtschaftliche Nutzen verschwindet somit in den Taschen einiger weniger.

«Es gibt keinerlei Garantie, dass die Bergbauunternehmen längerfristig im Lande bestehen oder dass sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen, aber sie hinterlassen irreversible Schäden.»

Was bringt der Bergbau für Arbeitsplätze?

Im Projekt Fénix sind 400 Arbeitsplätze vorgesehen, davon nur ein Drittel für Guatemalteken, und zwar für spezialisierte Fachkräfte. Der Rest wird an ausländische Spezialisten vergeben. Für die lokale Bevölkerung bleiben unqualifizierte Jobs zum Minimallohn, die im Moment anfallen, wie Bäume fällen und graben.

Ist das nicht Schwarzmalerei?

Am Izabalsee haben wir einschlägige Minenerfahrung. Die Firma Exmibal hatte hier für 40 Jahre eine Lizenz inne. Auch sie hatte uns eine rosige Zukunft versprochen. Wir haben nichts davon bemerkt. Noch heute sind wir die ärmste Provinz von Guatemala. Und die Exmibal hatte während ihrer Aktivitäten nicht einmal ihre Lizenzgebühr bezahlt! Sie bleiben, so lange es rentabel ist. Es gibt keinerlei Garantie, dass die Bergbauunternehmen längerfristig im Lande bestehen oder dass sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen, aber sie hinterlassen irreversible Schäden, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Was haben die Freunde des Izabalsees unternommen, um das Projekt Fénix zu stoppen?

Als die Konzession für die Auskundenschaftung des Geländes gesprochen wurde, bekamen wir zunächst gar nichts davon mit. Wir haben es erst erfahren, als die CGN bereits vor Ort Probebohrungen durchführte. Da haben wir die lokalen Fischer und weitere Personen, die davon betroffen sind, ins Bild gesetzt. Die CGN selber hat die Bevölkerung nicht informiert. Dies haben wir öffentlich kritisiert.

Die Reaktion auf die öffentliche Kritik muss massiv gewesen sein, sonst würden Sie jetzt kaum Schutzbegleitung in Anspruch nehmen. Von wem wurden Sie bedroht?

Wir werden schikaniert und bedroht, seit wir begonnen haben, die Bevölkerung zu informieren. Hinter diesem Treiben stehen der Bürgermeister von El Estor und die CGN, auch wenn sie die Ausführung Dritten überlassen. Eine Zeit lang wurden die Einschüchterungen stärker. Sie liessen erst nach, als sich die internationalen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und PBI einschalteten.

Gab es auch Morddrohungen?

Ja, wir erhielten telefonische Morddrohungen und es wurden Veran-

staltungen sabotiert. Aber schlimmer als die einzelnen Einschüchterungsversuche ist, was in der Gemeinschaft passiert. Deren Zusammenhalt ist heute ernsthaft bedroht. Wir haben in Guatemala eine Tradition der Hilfsbürgermeister. Diese haben verschiedene Koordinations- und Vermittlungsaufgaben. Als sie zum Projekt Fénix kritische Fragen stellten und versuchten, etwas dagegen zu unternehmen, gerieten auch sie unter massiven Druck. Mit Beeinflussungen aller Art wird versucht, diejenigen auszugrenzen, die gegenüber dem Bergbau eine kritische Haltung an den Tag legen.

Warum dulden die Behörden solche Menschenrechtsverletzungen?

Die Regierung ist verpflichtet, die Bürger zu schützen. Das Problem ist, dass der Staat grosse Interessen am Bergbau hat. Deshalb vernachlässigt er das Thema Menschenrechte. Zudem verwischen hierzulande die Grenzen zwischen legalen und illegalen Institutionen. Der Sicherheitschef des Bürgermeisters von El Estor ist gleichzeitig Anführer einer lokalen Gang. Das sagt wohl alles. Wir haben hier auch ein völlig ineffizientes Rechtssystem. Obwohl täglich Anzeigen wegen Gewalt und Drohungen eingehen, kommt es ungefähr zwei bis dreimal pro Jahr zu einem Gerichtsverfahren. Eigentlich wäre es auch die Aufgabe der Regierung, die indigene Bevölkerung über geplante Bergbauprojekte in ihrer Region zu informieren und sie nach ihrer Meinung zu fragen. Guatemala ist Mitgliedstaat der ILO-Konvention 169, die besagt, dass die indigenen Völker selber bestimmen können, wie ihre Ressourcen verwendet werden. Aber wie gesagt, Menschenrechte haben bei der Regierung keine Priorität.

Wenn der Staat seine Bürger nicht schützt, wer tut es dann?

Unsere Arbeit können wir nur dank der Begleitung von PBI fortsetzen. Besonders wichtig ist, nebst dem unmittelbaren physischen Schutz, dass dadurch ein internationales Informationsnetz entstanden ist. Dies machte unseren Fall international bekannt. Mit einer derartigen Begleitung hat man einen anderen Status und die Hemmschwelle uns etwas anzutun wird grösser.

In Guatemala gibt es noch andere Protestbewegungen. Liegt es da nicht nahe, sich zu vernetzen?

Vernetzung ist in Guatemala schwierig. Es gibt eine Vielzahl von Organisationen, die irgendetwas versprechen. Und man weiss nie, auf welcher Seite sie eigentlich stehen. Das hat zu einem riesigen Misstrauen geführt. Aber eine starke Bewegung wäre schon nötig. Im Juni dieses Jahres hat zum Beispiel eine mittelamerikanische Woche gegen den Bergbau stattgefunden. Anlass war das einjährige Jubiläum der Abstimmung in Sipacapa/San Marcos in Guatemala, als die dortigen Bergbauaktivitäten vom Volk wuchtig abgelehnt worden waren. Es besteht ganz klar die Absicht, ein mittelamerikanisches Netzwerk zu schaffen. Starke Beziehungen bestehen heute schon, insbesondere mit Honduras.

Könnte Sipacapa ein Modell für andere Regionen darstellen?

Ich persönlich bezweifle, dass eine Volksabstimmung in Izabal das richtige Mittel wäre. Bei uns werden viele Menschen gekauft. Erst kürzlich hat man Leute von hier nach Guatemala City eingeflogen, um für das Bergbauprojekt zu demonstrieren. Sie haben vor dem Regierungsgebäude skandiert: «Wir wollen diese Mine! Sie bringt uns Arbeitsplätze! Sie bringt Entwicklung!» Deshalb befürchte ich, dass ein Referendum bei uns völlig verfälscht würde. Was ist, wenn plötzlich 70 Prozent für dieses Bergbauprojekt stimmen? Werden dadurch nicht andere Gemeinden diskreditiert, die bereits Abstimmungen durchgeführt haben?

Man könnte eine Abstimmung doch international überwachen.

Die Präsenz internationaler Beobachter wäre für die Durchführung eines Referendums in Izabal tatsächlich unabdingbar. Aber selbst dann wäre ich nicht sicher, ob wir hiermit ein Patentrezept hätten.

Angenommen, der CGN würde die Lizenz für den Nickelabbau letztlich verweigern: Wäre damit ein wesentliches Ziel erreicht?

Keinesfalls! Das Ziel unserer Organisation bestand seit jeher darin, die Basis für eine würdige Entwicklung zu schaffen. Die Geschichte mit den Lizenzen ist letztlich nichts als ein Intermezzo auf diesem Weg. Sollte die Abbaulizenz nicht gesprochen werden, dann wäre dies immerhin ein Triumph für die lokale Bevölkerung. Sie sähe dann, dass ihre Rechte respektiert würden. ■

Anzeige:



Grundsätzlich ganzheitlich.
Führend in Alternativmedizin.
Kompetente Beratung, Spedition.

*St. Peter
Apotheke*

Immer offen von 8 bis 20 Uhr
Silvia Briggen AG, St. Peterstrasse 16
CH-8001 Zürich
Telefon 044 211 44 77, Fax 044 212 04 91
www.stpeter-apotheke.com

Eloyda Mejía ist Präsidentin der Vereinigung der Freunde des Izabalsees (ASALI) im Nordosten Guatemalas und Mitglied des Umweltkollektivs MadreSelva. Seit drei Jahren kämpft ASALI gegen das Bergbauprojekt «Fénix» zur Wiederinbetriebnahme der alten Nickelminen am Izabalsee. Die Compañía Guatemalteca de Niquel (CGN), Tochter des kanadischen Bergbauunternehmens Skye Resources Incorporation hat dafür bei der guatemaltekischen Regierung eine Lizenz beantragt. Ihr Abbaugesuch ist derzeit noch hängig. Wegen ihres Engagements ist Eloyda Mejía mehrmals bedroht worden. Seit März 2004 wird sie von der Menschenrechtsorganisation Peace Brigades International (PBI) begleitet.

Der Film «Das Projekt Fénix. Nickelabbau im Land der Maya» von Kristina Hille und Mariano Aiello dokumentiert diesen Kampf.